

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gründung eines Forum Recht

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag bekennt sich zur Gründung eines „Forum Recht“ mit Hauptsitz in Karlsruhe. Ein weiterer Standort wird in Ostdeutschland, z. B. in Leipzig, eingerichtet. Durch das „Forum Recht“ wird ein Kommunikations-, Informations- und Dokumentationsforum geschaffen, das das Recht, unseren Rechtsstaat und die Geschichte des Rechts erfahrbar und begreifbar machen und den hohen Wert des Rechtsstaats für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft zum Ausdruck bringen wird.
- II. Der Deutsche Bundestag beauftragt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag unter Berücksichtigung der Vorschläge der verschiedenen Akteure der Zivilgesellschaft sowie der vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz finanzierten Machbarkeitsstudie ein Realisierungskonzept vorzulegen, das vom Deutschen Bundestag in einer öffentlichen Anhörung diskutiert wird.
- III. Dazu wird der Deutsche Bundestag die Errichtung einer geeigneten Rechtsform prüfen und die dauerhafte Finanzierung sichern.
- IV. Während der Aufbau- und Errichtungsphase des „Forum Recht“ sind der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages regelmäßig einmal im Jahr durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz über die erzielten Fortschritte zu unterrichten.

Berlin, den 16. Oktober 2018

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion

Andrea Nahles und Fraktion

Christian Lindner und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Das Recht prägt den Alltag der Menschen. Der Rechtsstaat ist das Rückgrat der Demokratie. Der Rechtsstaat schützt und ermöglicht Freiheit und dient dazu, das Recht zu gewährleisten. Recht und Rechtsstaat sind jedoch nicht einfach gegeben. Nach jahrhundertlangem Ringen um das Recht hat das Grundgesetz den Rechtsstaat zum Wesen unserer Staatsordnung bestimmt. Über die langen Jahre, insbesondere nach dem Ende der Nazi-Diktatur, ist der Rechtsstaat im Bewusstsein vieler Menschen selbstverständlich geworden, teilweise so selbstverständlich, dass man sich seiner Bedeutung und prägenden Kraft für unsere Gesellschaft nicht mehr bewusst ist. Die Folgen sind nicht nur sachliche Kritik am Rechtsstaat, sondern offene Ablehnung seiner wesentlichen Elemente bis hin zur Anfeindung der mit der Rechtssetzung, -umsetzung oder -durchsetzung befassten Berufsgruppen. Daher gilt es, nicht nur heute in Zeiten, in denen populistische und spaltende politische Strömungen an Einfluss gewinnen, den Rechtsstaat in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens zu stellen, Argumente für den Rechtsstaat herauszustellen, sich in den gesellschaftlich-politischen Prozess einzumischen und der Agitation der Populisten und Feinde von Rechtsstaat und Demokratie entschlossen entgegenzutreten.

Das „Forum Recht“ soll als Botschafter unserer freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung dienen; es soll das gesellschaftliche Bewusstsein für den Rechtsstaat stärken.

In Karlsruhe, der für den Rechtsstaat symbolhaften „Residenz des Rechts“, soll das „Forum Recht“ neben dem Bundesverfassungsgericht, dem Bundesgerichtshof und der Bundesanwaltschaft als dauerhafte Einrichtung geschaffen werden. Das „Forum Recht“ soll aber weit über seinen Standort Karlsruhe hinaus für ganz Deutschland wirken, bundesweite Veranstaltungsreihen durchführen, virtuelle Angebote und sonstige Veröffentlichungen bereitstellen, um alle gesellschaftlichen Gruppen in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Insbesondere virtuelle Angebote sollen bereits vor einer baulichen Realisierung Wirkung entfalten können.

Das auf Bürgerbeteiligung angelegte „Forum Recht“ soll als Kommunikations-, Informations- und Dokumentationsforum aktuelle Fragen von Recht, Justiz und Rechtsstaat in Deutschland, einschließlich der historischen, europäischen und internationalen Bezüge, aufgreifen und für alle Gruppen der Bevölkerung in Ausstellungen und Aktivitäten vor Ort und bundesweit als auch im virtuellen Raum erfahrbar machen. Menschen aller Altersstufen, Bildungsgrade und sozialen Hintergründe sollen sich an diesem Ort zusammenfinden und sich von dem Thema Rechtsstaat angesprochen fühlen; sie sollen sich gemeinsam den Fragen zum Thema Rechtsstaat und demokratische Gesellschaft stellen und um Antworten ringen. Im Hinblick auf diesen Ansatz soll das „Forum Recht“ neben dem traditionellen, ausstellungsbasierten Museumsmodell über ein den heutigen Anforderungen und Herausforderungen entsprechendes Format verfügen. Dieser Ansatz unterscheidet sich von gängigen Museums- und Ausstellungsmodellen durch den konzeptionellen, personellen und räumlichen Aufbau von drei gleichberechtigten, miteinander interagierenden „Denk- und Handlungsräumen“: Klassischer Ausstellungsraum, Forum und Virtueller Raum. Herzstück des Forums soll ein sogenannter Diskursraum sein. Es ist der Ort, an dem Menschen in Gesprächen persönlich aufeinandertreffen und ihre Fragen, Wünsche und Visionen einbringen, etwa in moderierten Diskussionen, Streitgesprächen, simulierten Gerichtsverfahren oder anderen Rollenspielen. Der Virtuelle Raum soll eine Architektur bieten, in der sich Besucherinnen und Besucher bewegen, Informationen aus der Gegenwart und Geschichte des Rechts und des Rechtsstaats suchen und sich auf Begegnungen und Diskussionen mit anderen einlassen können.